

Stellungnahme zum Flugzeug-Anschlag in den USA am 11.09.2001 und seinen Folgen (17.09.2001)

Prof. Dr. Gert Sommer

1. Vorsitzender des Forums Friedenspsychologie

Philipps-Universität Marburg – Fachbereich Psychologie

Gutenbergstr. 18, 35041 Marburg

sommerg@arcor.de

1. Der brutale, hoch organisierte Flugzeuganschlag auf politische, wirtschaftliche und militärische Zentren der USA hat einige tausend Menschen das Leben gekostet. Dieser Anschlag ist aufs schärfste zu verurteilen. Den Verstorbenen gilt unsere Trauer, den Angehörigen und Hinterbliebenen gehört unsere emotionale Solidarität. Sie benötigen intensive und langfristige psychologische, praktische und finanzielle Unterstützung. **Die weit über die USA hinausgehende Welle der spontanen und organisierten Solidarität und Hilfsbereitschaft ist ein ermutigendes Zeichen der Menschlichkeit.**
2. Das Selbstbild der USA als Weltmacht ist grundlegend erschüttert: Absolute Stärke und Unverwundbarkeit erwiesen sich als Mythen, die Führung befand sich in einer demütigenden Flucht im eigenen Land, der in den USA stark ausgeprägte Nationalstolz wurde tief gekränkt, die eigene Bevölkerung lebt(e) in nicht gekannter Angst. Grundkonzepte der US-Politik, die insbesondere auf militärischer Stärke beruhen, werden obsolet. Der Angriff galt auch den symbolisch bedeutsamen militärischen und wirtschaftlichen Zentren der einzigen Weltmacht USA. Dieser Anschlag hat – neben vielen differenzierten - auch viele bedenkliche Aussagen ausgelöst. Dazu gehören Äußerungen von US-Präsident Bush („Wir strecken sie nieder“; „Monumentaler Kampf zwischen Gut und Böse“, „Kreuzzug gegen den Terrorismus“ und „Wir werden das Böse besiegen“) und dem stellvertretenden US-Verteidigungsminister Wolfowitz (die USA seien entschlossen, „Staaten zu beseitigen, die den Terrorismus fördern“).
In dieser Situation besteht also die große Gefahr, daß die US-amerikanische Führung - gestützt auf die aktuelle, überwältigende Mehrheit der US-Amerikaner - zur Wiederherstellung ihres Selbstbildes zu Mitteln greift, die psychologisch allzu verständlich sind und kurzfristig Balsam auf die Wunden bedeuten mögen: Dazu gehören insbesondere militärische Racheaktionen und insgesamt eine noch weitere Militarisierung der Sicherheitspolitik. Solche Handlungen stellen aber keine zivilisierte Antwort auf das Unglück dar und sie werden mittel- und langfristig für die USA und die Welt beängstigende negative Konsequenzen haben. Die von Bundeskanzler Schröder konstatierte „Kriegserklärung gegen die gesamte Welt“ mutierte in anderen Stellungnahmen zum „Krieg gegen die zivilisierte Welt“, „Angriff auf die demokratische Welt“ oder „Anschlag auf die freie Welt“. Zusammengefaßt erhalten sie zweifach problematische Aussagen: Erstens handelt es sich nach gängiger Bedeutung nicht um einen Krieg; zweitens wird „Welt“ häufig gleichgesetzt mit „zivilisierter“ = „demokratischer“ = „westlicher“ Welt. Damit gibt es implizit und unausgesprochen eine „unzivilisierte“ Welt, und manche Berichte und Kommentare legen nahe, daß dies die islamische Welt sei – damit wird wieder einmal ein politisch nützliches Feindbild aufgebaut und intensiviert mit der großen Gefahr zunehmender rassistischer Übergriffe. Angemessener erscheint es vielmehr, bei dem Ereignis von einem **Anschlag auf die Menschlichkeit** zu sprechen.
3. Die NATO-Länder erklärten sich mit den USA uneingeschränkt solidarisch. Dies ist eine verständliche und richtige Reaktion, so weit es um politische und praktische Unterstützung bei der direkten Bewältigung der Katastrophe geht. Diese Reaktion ist aber ausgesprochen gefährlich, wenn damit ein Blankoscheck für jegliche US-amerikanische militärische Aktion gegeben wird. Eine blinde Gefolgschaft der US-Führung (Oppositionssprecher Merz z.B.

sieht „keinen Anlass, die US-Regierung zur Besonnenheit aufzurufen“), sofern sie auf Vergeltung und Rache setzt, widerspricht nicht nur grundlegenden rechtsstaatlichen und demokratischen Prinzipien, sie macht sich mitschuldig bei der zu erwartenden weltweiten Eskalation der Gewalt und des Tötens. Bewußt oder unbewußt, gewollt oder fahrlässig wird Krieg herbeigeredet. Wie schon vor dem Irak- und dem Jugoslawien-Krieg werden in manchen Medien die kurzfristigen militärischen Optionen intensiver diskutiert als die rechtlichen Grundlagen und die zu erwartenden Folgen. **Eine wichtige Aufgabe der europäischen Regierungen besteht also darin, mäßigend auf die USA einzuwirken.**

4. Die US-Regierung spricht häufig von „Schurken-“, oder „besorgniserregenden Staaten“ und meint damit solche Länder, die nach der Definition der USA den Terrorismus unterstützen. Die USA selbst aber haben in ihrer jüngeren Geschichte weltweit – insbesondere in Mittel- und Südamerika, aber z.B. auch in Kambodscha, im Iran und Irak - nicht nur Diktaturen unterstützt und installiert, sondern auch Gruppen und Personen wie die Taliban, die UCK oder - den jetzt von ihr so dringend Verdächtigten - Bin Laden politisch, finanziell und mit Waffen unterstützt, solange sie ihnen ins politische und militärische Kalkül passten. Immer wieder aber haben die so Geförderten sich irgendwann gegen die Interessen der USA gewandt und wurden sodann von Freiheitskämpfern zu Terroristen oder von befreundeten Staaten zu sog. Schurkenstaaten umdefiniert. **Angemessene Analysen und daraus abgeleitete Handlungen verbieten also, sich das US-Konzept von Terrorismus zu eigen zu machen; zudem müßte neben dem individuellen Terrorismus auch der Staats-Terror(ismus) thematisiert werden.**
5. Über die Täter und Organisationen des Flugzeuganschlags ist bisher wenig bekannt. Ohne bislang Beweise vorzulegen, bereitet die US-Regierung militärische Angriffe offenbar gegen verschiedene Länder vor. Es gibt aber in der Charta der Vereinten Nationen weder ein Recht auf Vergeltung noch ein Recht auf Bestrafung ganzer Völker oder Staatengruppen. Ein solches Vorgehen ist für zivilisierte Staaten unannehmbar. Angemessener wäre es, **im Rahmen der Vereinten Nationen konsequent Personen, Gruppen und Organisationen mit rechtsstaatlichen Mitteln zur Rechenschaft zu ziehen, die Terrorakte durchführen und unterstützen.**
6. Auch ohne die Täter zu kennen, bietet die derzeitige Krise die Chance für eine Neubesinnung der Politik. Unter dem Etikett „Globalisierung“ hat – unter maßgeblicher Führung der USA und mitgetragen von den führenden Industrienationen - im letzten Jahrzehnt eine weitgehende Ökonomisierung aller Lebensbereiche stattgefunden, die zu einem aggressiven Verdrängungswettbewerb ungekannten Ausmaßes führte. Statt die Wirtschaft in den Dienst der Menschen zu stellen, führt diese Politik zu einem fundamentalistischen „Imperialismus der Verwirtschaftung des Lebens“ (der frühere Bundesarbeitsminister Blüm). Täglich sterben weltweit 40.000 Kinder, über eine Milliarde Menschen leben in absoluter Armut. Verlierer dieser ökonomischen Globalisierung sind nicht nur große Teile der Weltbevölkerung in den sog. Entwicklungsländern, sondern auch erhebliche Teile der Bevölkerung in den hochindustrialisierten Staaten. Die aktuelle Krise sollte als Anlass zum Überdenken dieser Politik genutzt werden. **Ohne soziale Gerechtigkeit weltweit, ohne den ernsten Kampf gegen Hunger und Armut, ohne eine glaubwürdige ökologisch orientierte Politik werden auch die derzeitigen Globalisierungs-Gewinner bald zu den Verlierern gehören. Im Rahmen einer Kultur des Friedens (UNESCO) ist der Verwirklichung der bürgerlichen und der wirtschaftlichen Menschenrechte höchste Priorität zu geben. Zu wünschen ist, daß die USA und mit ihr die anderen Nationen diese Aufgaben mit einer solchen politischen und finanziellen Intensität angehen wie derzeit den Kampf gegen den Terrorismus.**